Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 8 Mai 1999 110. Jahrgang Nr. 31.196

Massive Studentenproteste

Kürzungen im Erziehungsbereich / Decibe reicht Rücktritt ein

Als Protest gegen die Haushaltskürzungen blieben am Donnerstag die Hörsäle der Universitäten im ganzen Land dunkel. Um 19.00 Uhr wurde das Licht in allen Fakultäten der Universidad de Buenos Aires (UBA) abgeschaltet, Studenten und Professoren nahmen auf der Straße bei Kerzenlicht an öffentlichen Vorlesungen teil. Die gleichzeitig veranstalteten Massendemonstrationen bewirkten an mehreren Punkten der Stadt Verkehrsengpässe und Staus.

Es war der zweite Tag der Proteste gegen das Dekret über die Kürzung in Höhe von 100 Millionen Pesos, von der alle öffentlichen Universitäten betroffen sind. Allein die UBA, an der 185.000 Studenten eingeschrieben sind, muß eine Kürzung von 17 Millionen Pesos hinnehmen. UBA-Rektor Oscar Shuberoff erklärte, die verbleibenden Mittel reichten nicht, um die Gehälter der Angestellten zu bezahlen; er müsse daher zum 1. Oktober den Universitätsbetrieb einstellen.

Auch im Landesinneren waren die Auswirkungen zu spüren. In Neuquén marschierten mehr als 1000 Studenten der Comahue-Universität in die Innenstadt und legten den Verkehr eine Stunde lang lahm. Mehrere Fakultäten der Universidad del Sur in Bahía Blanca wurden besetzt. In Río Gallegos besetzten 700 Studenten der Universidad de la Patagonia Austral die Nationalstraße Ruta 3. In San Juan, Salta, Mar del Plata, Tucumán, Entre Ríos, San Luis, Mendoza, Lomas de Zamora und Córdoba schalteten die Protestierenden den Strom ab. In der Hauptstadt fand am Donnerstag vor dem Gebäude der psychologischen Fakultät die größte Kundgebung statt. Als der Strom ausgeschaltet wurde, hielt die Vorsitzende des Studentenzentrums, Gimena Lusa, eine Ansprache, in der sie unter anderem feststellte: „Es wurde schon öfters gesagt, daß die Universität geschlossen werden sollte, doch nie glaubte jemand wirklich daran. Aber jetzt ist es wahr. Ich rufe Sie zur Einigkeit auf. Wir haben einen einzigen Feind: Menem.“

Vehement diskutiert wurden Äußerungen des bekannten Herzchirurgen René Favaloro, der am Mittwoch erklärt hatte, daß er kein großes Problem sähe, wenn Fakultäten wie die medizinische oder die für Rechtswissenschaften für mehrere Jahre geschlossen werden würden, da es haufenweise arbeitslose Mediziner und Ärzte gebe. Einen Tag später stellte Favaloro richtig, er habe lediglich gesagt, daß es so nicht weitergehen könne: Man bilde eine große Zahl von Ärzten und Anwälten aus, die dann keine Arbeit hätten. In der Zwischenzeit aber waren bedeutende und weniger bedeutende Persönlichkeiten, erbost über Favaloros Worte, auf die Barrikaden gegangen. Die Veteranin der argentinischen Wissenschaft, die 88jährige Eugenia Sacerdote de Lustig, die im Krebsinstitut Angel Roffo tätig ist, erklärte, daß man die jungen Leute nicht daran hindern dürfe, zu studieren, und fügte hinzu: „Sie werden dann schon sehen, wie sie Arbeit finden.“

Am Donnerstag vormittag erfuhr man in den Frühnachrichten, daß Bildungsministerin Susana Decibe ihr Rücktrittsgesuch in der Residenz in Olivos abgegeben habe und dann nach Hause gegangen sei. Damit machte Decibe ihre Ankündigung vom Mittwoch, als sie die Unterzeichnung des Kürzungsdekretes abgelehnt hatte, wahr.

Mehr Polizei - weniger Sicherheit

Ernste Zweifel an der Wirksamkeit des Systems

Eine Untersuchung über die Wirksamkeit des Sicherheitssystems in Argentinien hat ergeben, daß das Land mehrere europäische Länder und die USA weit übertrifft, was die Proportion zwischen Bewohnern und Polizisten angeht. Die von Domingo Cavallos Partei Acción por la República angestellte Untersuchung schließt auch Gendarmerie, Präfektur und Luftpolizei ein. Demnach hat Argentinien 5,82 Polizisten pro 1000 Einwohner, während die USA 2,71, Deutschland 3,23, Frankreich 4, Großbritannien 2,63, Italien 4,76, Schweden 2,56 und Spanien 5 Polizisten pro 1000 Einwohner haben. Darüber hinaus ist das Verhältnis zwischen Gefängnisaufsehern und Insassen in Argentinien dreimal so hoch wie in den USA. Während dort auf jeden Aufsichtsbeamten 3,35 Gefangene kommen, beträgt das Verhältnis in Argentinien 0,86 Prozent, das heißt, es gibt mehr Beamte als Gefangene. Damit nicht genug, hat Buenos Aires mehr Polizisten pro Einwohner als die meisten US-Städte. In Buenos Aires kommen auf 1000 Einwohner 10,63 Polizisten, während es vergleichsweise (immer auf 1000 Einwohner bezogen) in New York 6,63, in Miami 3,52, in Los Angeles 3,51, in Chicago 5,61 und in New Orleans 4,30 Polizisten gibt. Die Untersuchung stellt fest, daß die Korruption in der Polizei ohne Zweifel der größte Mißstand ist, gegen den man vorgehen muß, um ein wirksames Sicherheitssystem zu erreichen. Dazu sei nicht erforderlich, noch mehr Polizisten einzustellen oder die Strafen zu verschärfen, sondern die Effizienz des Gefängnissystems müsse verbessert werde. Empfohlen wurde, daß Kommissare auf Gemeindeebene von den Bürgern ihrer Jurisdiktion gewählt werden, wie dies in den USA und einigen europäischen Ländern praktiziert wird.

Botschaftsattentat mit neuer Version

Polizeibewachung wurde angeblich abgezogen

Das Tonband, auf dem der Befehl an den Streifenwagen aufgezeichnet ist, wenige Minuten vor dem Attentat auf die israelische Botschaft seinen Standplatz vor dem Gebäude zu verlassen, ist aufgrund seines bisherigen Aufbewahrungsortes zu einem wahren Mysterium geworden. Gemäß den Angaben des Polizisten, der das Tonband dem Obersten Gerichtshof übergab, befand sich die Aufzeichnung im didaktischen Archiv der Polizeiakademie Ramón Falcón, wo einer der Professoren es in den letzten Jahren laufend im Unterricht benützte. In der ganzen Zeit aber wußte die Polizeiführung nichts von der Existenz des Bandes. Die ganze Geschichte wurde am Mittwoch abend von Polizeichef Pablo Baltazar García, Innenminister Carlos Corach und Sicherheitssekretär Miguel Angel Toma bestätigt. Trotz der Erklärungen blieb das Auftauchen des Bandes sieben Jahre nach dem Attentat ein Rätsel, und selbst Corach räumte ein: „Ganz normal ist das nicht!“, wobei er sich auf die Aufbewahrung im didaktischen Archiv bezog. Zumindest seltsam erscheint es, daß zwei Polizeibeamte, die an dem unglückseligen 17. März 1992 nicht bei der Botschaft waren und daher in die Untersuchung wegen Fahrlässigkeit verwickelt sind, nach sieben Jahren plötzlich beweisen können, daß sie nicht fahrlässig ihren Posten verließen. Die israelische Botschaft war zum Zeitpunkt des Attentates völlig ohne Bewachung, weil der als Posten vor dem Gebäude stehende Polizist ebenfalls seinen Posten verlassen hatte. Seit der Übergabe des Bandes reißen die Spekulationen über das Verschwinden (Aufzeichnungen werden üblicherweise nach 30 Tagen vernichtet) und das Wiederauftauchen nicht ab. Die abenteuerlichste Version besagt, Israels Geheimdienst Mossad stecke dahinter.

Skandalöse PJ-Internwahlen

Die Wahltage nähern sich. Die Parteien müssen ihre Kandi da-ten aufstellen. Hierfür werden neuerdings Internwah len ver-anstaltet, zumeist offene Wahlen mit möglicher Beteiligung parteifremder Wechselwähler. Die Justizialistische Partei der Bundeshaupstadt, wo sie mit seltenen Ausnahmen die Wahlen verliert, hatte solche Interwahlen für den 11. April einberufen.

Gewählt werden sollten die Kandidaten für das Amt des Regierungschefs und seines Stellvertreters in der Bundeshauptstadt, ferner den dritten nationalen Senator, des weiteren die Kandidaten für Nationaldeputierte und Stadtparlamentarier. Die beiden erstgenannten Ämter waren auf Einzelpersonen bezogen, die beiden letzten auf Kandidatenlisten, für die jeweils nur der Listenerste in den Medien erwähnt wird. Sie werden im Proporz je nach Wahlergebnis gewählt.

So wie die bisherigen Wahlen verlaufen sind, haben die PJ-Kandidaten für die Ämter des Regierungschefs und seines Stellvertreters keinerlei Aussicht, gewählt zu werden. Für wann diese Wahl einberufen werden wird, ob zusammen mit dem nationalen Wahltag vom 24. Oktober oder gegen Mitte 2000, zumal das Amt im August kommenden Jahres angetreten werden wird, ist offen. Regierungs-chef Fernando de la Rúa grübelt über die Alternative. Die Wahlen für das Stadtparlament werden zusammen mit der Wahl des Regierungschefs abgehalten werden.

Hingegen werden die Nationaldeputierten am 24. Oktober zusammen mit dem Präsidenten und seinem Stellvertreter gewählt werden. In diesen Lokalwahlen haben die PJ-Kandidaten allenfalls die Möglichkeit, als Minderheitskandidaten einige Vertreter in die nationale Deputiertenkammer zu entsenden. Die Mehrheit wird den Allianz-Kandidaten zufallen. Andere Minderheitsparteien wie die Aktion für die Republik des streitbaren Ex-Wirtschaftsministers Domingo Cavallo, die Neue Führung (ND) des früheren Innenministers Menems, Gustavo Béliz, sowie andere Kandidaten werden mit den Justizialisten konkurrieren.

Das einzige Wahlamt, das mit der Internwahl zu besetzen war, bezog sich auf den dritten Senator der Bundeshauptstadt. Seit der Verfassungsnovelle von 1994 gibt es je drei Senatoren für die Gliedstaaten, davon zwei für die Mehrheit im Provinzparlament und einer für die Minderheit. Diese Senatoren werden bis 2001 von den Provinzparlamenten ernannt. In der Bundeshauptstadt stellt die Allianz die Mehrheit mit je einem Radikalen und einem FREPASO-Vertreter. Die Minderheit gehört den Justizialisten. Der Senat setzte sich über die Bedenken der Neuen Führung von Béliz hinweg, der den Justizialisten den begehrten Senatorposten streitg machen wollte.

Bei der Internwahl vom 11. April haben sich vier Kandidatenlisten beworben. Zwei hörten auf Präsident Menem, eine auf Duhalde und die letzte war der Aussenseiter Julián Licastro, der so wenige Stimmen erhielt, dass sie nicht einmal mitgeteilt wurden. Eine der beiden Menem-hörigen Listen stellte Innenminister Carlos Corach für den Senat, Justizminister Raúl Granillo Ocampo für das Amt des Regierungschefs, Sicherheitssekretär Miguel Angel Toma als Listenerster für die Deputiertenkammer und Guillermo Olivieri als Listenerster für das Stadtparlament auf.

Die erbitterten Gegner dieser Listen waren die Sekretärin für das Beamtenwesen Claudia Bello (Senat), Ex-Kultursekretär und unlängst abgedienter Senator für die Bundeshauptstadt, Mario „Pacho“ O'Donnell (Regierungschef), Arbeitsminister Antonio Erman González (Deputierter) und Kelly Olmos (Stadtparlament). Für Duhalde stellten sich Jorge Argüello, Julio Bárbaro, Roberto Digón bzw. Juliana Marino.

Das Wahlergebnis fiel bemerkenswert eng aus. Die Liste von Corach und Granillo Ocampo gewann mit 28.000 bis fast 30.000 Stimmen, je nach Wahlamt, gefolgt von den Listen von Bello und 0'Donnell mit 26.000 bis knapp über 27.000 Stimmen, während die Listen von Argüello und Bárbaro mit fast 22.000 bis nahezu 27.000 Stimmen zwar verloren, aber einen guten Wahlabschluss verzeichnen konnten.

Die endgültigen Zahlen wurden erst zwanzig Tage danach mitgeteilt, weichen aber kaum von den provisorischen Zahlen ab, die nach dem Wahltag verbreitet wurden. Gouverneur Duhalde wies seinen Gefolgsmann Argüello an, die Wahlergebnisse nicht zu beanstanden, wogegen die Sprecher der Fraktion von Bello, 0'Donnell und González Zeter und Mordio schrien, weil die Wahlergebnisse angeblich gefälscht worden waren.

Zunächst hiess es, dass die Fraktion von Corach und Granillo Ocampo Stimmenkauf betrieben habe, indem Gutscheine für je $ 30 vergeben wurden, mit denen Nahrungsmittel erstanden werden konnten, als Gegenleistung für die Stimmen. Nachher verlautete, dass auch andere Fraktionen die gleiche Übung vollzogen hatten. Stimmenkauf ist so alt wie die Wahldemokratie in Argentinien. Ob sie tatsächlich fruchtet, sei dahingestellt, denn die Stimmabgabe ist geheim und kann nicht kontrolliert werden, wie es vor 1912 geschah, als geheime und obligatorische Wahlen verfügt wurden.

Dieser Vorwurf ging unter, als die endgültige Zählung erfolgte. Die Vertreter der unterlegenen Kandidaten waren anfangs dabei, zogen sich nachher als Protest gegen die angebliche Nichteinhaltung einer Vereinbarung über den Zählungsmodus zurück, wollten aber wieder erscheinen, als sie feststellten, dass weiter gezählt wurde. Das wurde ihnen nicht gestattet, worüber sie zu Recht wütend waren. Daraufhin veranstalteten sie einen Krawall mit der Polizei vor dem Parteilokal, bei dem Wasserwerfer eingeschaltet wurden und Prügeleien stattfanden.

Die Zählung wurde in Anwesenheit eines Notars beendet und ergab obige Resultate. Die Verlierer strengten Klage bei Präsident Menem als oberstem Parteichef an und bestanden darauf, dass in drei Wahlkreisen nochmals gewählt werden sollte. Gegebenenfalls können sich auch Klage beim Wahlgericht wegen Wahlschwindel beantragen.

Solcher Parteihader ist längst bekannt und wiederholt sich immer wieder. Insbesondere die Justizialisten schauen auf eine lange Geschichte gewalttätiger Auseinandersetzungen zurück, wenn Wahlämter zur Diskussion stehen. Im bisherigen Ausleseverfahren der Kandidaten waren solche Dispute eher selten, ein deutliches Zeichen, dass sich die parteipolitischen Usanzen verbessern. Ob tatsächlich Wahlschwindel betrieben wurde, unbeschadet des Stimmenkaufs, den sicherlich die meisten Kandidaten betreiben, wird sich kaum feststellen lassen, zumal wenn Notare die Ergebnisse beglaubigen.

Bleibt es beim Wahlresultat, wie es in der endgültigen Zählung ermittelt wurde, dann tritt Innenminister Corach demnächst das Amt des dritten Senators für die Bundeshauptstadt an, sofern er sich nicht bis zum 10. Dezember beurlauben lässt, um sein jetziges Amt bis zum Ende der Amtszeit Menems auszuüben. Corach wird bis zum 10. Dezember 2001 als Senator amtieren. Er erringt das Amt mit nur 28.687 Stimmen, die einer ersten Minderheit von 34,11 Prozent entspricht. Seine demokratische Repräsentativität ist zwar denkbar schwach, aber sicherlich kaum besser als die seiner künftigen Kollegen im Senat, die vielfach mit hauchdünnen Mehrheiten in ihren Provinzparlamenten ohne Internwahlen ernannt worden sind. Erst ab 2001 werden alle Senatoren direkt vom Volk gewählt werden, damit dann auf die erste Minderheit zwei Posten und die zweite Minderheit ein Sitz entfallen. Nach diesem ersten Wahlgang direkter Volkswahl aller Senatoren werden die Gliedstaaten ausgelost, die nach zwei, vier und sechs Jahren Neuwahlen einberufen müssen, damit danach der Reigen mit Senatswahlen alle zwei Jahre wie die Deputiertenkammer, letztere jeweils für die Hälfte der Sitze, jeweils zu einem Drittel erfolgt. Unterdessen muss man mit weniger als 30.000 Stimmen für einen nationalen Senator vorlieb nehmen.

Botschaft gewährt Akteneinsicht

Informationen für Angehörige von deutschen Diktatur-Opfern

Die deutsche Botschaft in Buenos Aires gewährt den Angehörigen deutschstämmiger Opfer der argentinischen Militärdiktatur Einsicht in ihre Aufzeichnungen über die Betroffenen. Botschaftssprecher Claus Wörner wies darauf hin, dass die Möglichkeit der Akteneinsicht bereits seit Mitte März bestehe und stellte damit argentinische Pressedarstellungen richtig, die Öffnung des Botschaftsarchives sei erst für die nahe Zukunft geplant.

Mit der jetzigen Akteneinsicht kommt die Botschaft einer Zusage von Bundespräsident Roman Herzog an die deutschen Mütter der Plaza de Mayo nach. Das Staatsoberhaupt hatte sich während seines Argentinien-Besuchs Anfang März mit Vertreterinnen der Hinterbliebenen der deutschen Opfer der Militärdiktatur von 1976-1983 getroffen.

Dabei sicherte Herzog den Frauen seine Unterstützung zu, das Schicksal ihrer verschwundenen Angehörigen zu klären.

Wie aus der Botschaft verlautete, weiche die Bundesregierung mit der Öffnung der Akten erstmals von der Regelung ab, Personenakten erst 30 Jahre nach dem Tod der Betroffenen zur Einsichtnahme freizugeben. Die jetzige Genehmigung gelte nur für direkte Angehörige und für namentlich gekennzeichnete Vorgänge.

Die Berechtigten oder ihre Anwälte müssten eine Anfrage an die Botschaft richten, die daraufhin Auskunft erteile. Die Vorsitzende der Menschenrechtsorganisation „Mütter der Plaza de Mayo“, Estela de Carlotto, lobte nach Angaben der Nachrichtenagentur AFP die Initiative der deutschen Behörden und empfahl sie anderen Botschaften in Buenos Aires zur Nachahmung.

Während seines Staatsbesuches hatte sich Bundespräsident Herzog im Hotel Palace Alvear fast zwei Stunden lang mit Ellen Marx, Idalina Tatter, Eleonore Lüdden und María Coltzau in Vertretung der deutschen Mütter der Plaza de Mayo getroffen. „Ich halte es für notwendig, Menschenrechte zu betonen und zu untermauern“, sagte Herzog nach der Unterredung.

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Ludger Volmer (Grüne), der Herzog nach Argentinien begleitet hatte, sagte den Müttern damals zu, er werde sich „darum kümmern, dass die Archive der Botschaft durchleuchtet werden“.

76 Deutsche oder deutschstämmige Argentinier waren während der Diktatur ermordet worden. In dieser Zeit war ein Geheimdienstmann des SIDE in der deutschen Botschaft tätig.

In Salta und San Juan wird gewählt

Gouverneure und Vize am 9. und am 16. Mai

Unter gänzlich unterschiedlichen politischen Vorzeichen finden am morgigen Sonntag und in der kommenden Woche Gouverneurswahlen in den Provinzen Salta und San Juan statt. Ebenso wie morgen in Salta werden am 16. Mai in San Juan Gouverneur und Vize gewählt, doch ist diese Tatsache die einzige Gemeinsamkeit der beiden Wahlen. Die politische Situation in beiden Provinzen lässt einen weiteren Vergleich nicht zu. In Salta ist zufolge der eine Woche zuvor angestellten Umfrage der justizialistische Gouverneur Juan Carlos Romero der Kandidat mit den besten Aussichten, gewählt zu werden - es wäre seine erste Wiederwahl. Laut einer Umfrage des Studienzentrums der Öffentlichen Meinung (CEOP) konnte Romero in der Provinzhauptstadt und den Städten und Orten in der Provinz fast 19 Punkte der Wahlpräferenzen (18,6 Prozent) mehr für sich verbuchen, als sein Rivale von der Allianz in Salta, Ricardo Gomez Díaz. Abgesehen von anderen Faktoren, wie etwa, dass die Wähler von Gomez Díaz, mehrheitlich Frauen über 50 aus der unteren Schicht sind und die von Romero aus allen Schichten, spricht ein weiterer bedeutender Umstand für den PJ-Kandidaten: 72 Prozent der Befragten sehen Romero in einem positiven Licht, den Allianz-Kandidaten nur etwas weniger als die Hälfte der Wähler (47,8 Prozent).

Im Gegensatz dazu scheint die Allianz bei den Gouverneurswahlen am 16. Mai in San Juan der regierenden PJ den Rang abzulaufen. Nach dem Ergebnis einer Umfrage führt die Oppositionskoalition zum ersten Mal vor der Regierungspartei mit fast elf Punkten. In Übereinstimmung mit der Umfrage des Institutes Analogías, das für gewöhnlich für die Allianz arbeitet, erreichte der Oppositionskandidat Alfredo Avelón in den letzten Wochen Präferenzen von 50,8 Prozent. Damit verdrängte er den derzeitigen justizialistischen Gouverneur Jorge Escobar, der seine Wiederwahl anstrebt, vom ersten Platz. Escobar erreichte 39,6 Prozent der Wahlabsichten. In San Juan ging die Allianz UCR-Frepaso ein Abkommen mit zwei Provinzparteien ein, die ihre Gouverneurs- und Vizekandidaten beisteuerten: Alfredo Avelón von der Cruzada Renovadora (Erneuerungs-Kreuzzug) und Ubaldino Acosta (Vize) vom Bloquismo. An dem guten Abschneiden Avelóns in den Umfragen scheint auch der Besuch der Präsidentschaftsformel Fernando de la Rúa-Chacho Alvarez Mitte April einiges beigetragen zu haben.

Der ideale Präsident

Wer ist der ideale Präsident für die Argentinier? Jemand der gegen die Korruption kämpft, während er gleichzeitig gegen die Arbeitslosigkeit vorgeht. Das Meinungsforschungsinstitut nennt keine Namen von Personen, die diese beiden Tugenden für sich verbuchen könnte, fragte aber die Interviewten, was ihrer Ansicht nach die Haupteigenschaften seien, über die ein Staatschef verfügen müsse. Die von 68 Prozent ausgesprochene Antwort: „Ehrlichkeit sowie Fähigkeit und Entschlusskraft zur Bekämpfung der Korruption“. Danach nannten 63 Prozent die „Fähigkeit, Arbeitsplätze zu schaffen“ als wichtigste Eigenschaft. In merkbarem Abstand wurde die Fähigkeit, die Kriminalität zu bekämpfen, von 40 Prozent der Befragten genannt. Eines der Schlusslichter der Umfrage war eine Verbesserung von Bildung und Unterricht, die für 31 Prozent der Interviewten von Bedeutung war.

SERVICIOS DIGITALES S.A.
ESPECIALISTA EN
Multimedia, Títulos CD-Rom, Presentaciones Interactivas, Documentos Electrónicos, Internet, Intranet y mucho más...
Corrientes 456 - P.16 - of.161 - (1366) Bs. As. Argentina
Tel/Fax: (54-11)4393-8837/4393-8298 - servisios @maus.com.ar

Streit um PJ-Internwahlen

Die Internwahlen des PJ in der Hauptstadt, die in einem Streit endeten, werden jetzt die Wahlgerichtsbarkeit beschäftigen. Am Mittwoch haben Listenführer Mario „Pacho“ O'Donnell und die Staatssekretärin Claudia Bello, die als zweite aus der Wahl hervorging, beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären. Diese Maßnahme war sozusagen das i-Tüpfelchen auf den Beschuldigungen über Wahlbetrug, die von O'Donnells Gruppe bereits am Wahltag, dem 11. April, erhoben wurden. Die Berufung beinhaltet außerdem den Antrag auf eine Einstweilige Verfügung, mit der verhindert werden soll, daß Innenminister Carlos Corach sein Amt als Senator antritt. Auch Claudia Bello hatte sich um den Sitz im Senat beworben, den Corach mit knapper Mehrheit gewann. Gegen O'Donnell war ein anderes Kabinettsmitglied, Justizminister Raúl Granillo Ocampo, angetreten, der dem angefochtenen Ergebnis zufolge in der Internwahl die Kandidatur für die Stadtregierung gewann.

Zwischenfall in Malwinengewässern

Argentinische Fischer provozierten Kelper / Fischereiprobleme

Drei argentinische Fischfangschiffe haben sich am letzten Wochenende geweigert, von den Inselbehörden kontrollierte Gewässer zu verlassen. „Wir verlassen die Zone nicht, weil wir ein Recht darauf haben, in argentinischem Territorium zu operieren“, erklärten die Kapitäne der Schiffe. Die Regierungen in London und Buenos Aires aktivierten unmittelbar die erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen, um zu vermeiden, daß aus dem ‚kleinen‘ Zwischenfall ein ‚großer‘ wird.

Der Vorgang scheint mindestens ‚gelegen‘ zu kommen, da er die Schwäche der Kelpers zeigt, für sich allein die Aktivitäten der Raubfischer zu kontrollieren. Daher ‚entmint‘ er sozusagen das Terrain für Außenminister Guido Di Tella, der mit einer britischen Delegation, in der auch Kelpers vertreten sein sollen, über Themen der Annäherung der Inseln an den Kontinent sprechen möchte. In diesem Fall könnte es die gemeinsame Überwachung des Südatlantik sein, um die Raubfischer abzuschrecken, sowie das Thema der Kommunikationen zwischen den Inseln und dem Kontinent.

Die Idee eines argentinisch-britischen Abkommens über die gemeinsame Kontrolle der Gewässer um die Inseln machte bereits in den Arbeitszimmern von Außenministerium und Kongreß die Runde. Dies war in der Fischfangsaison der Fall, die sich durch die schlimmste Invasion von Raubfischern auszeichnete, seit die Kelpers 1990 begonnen hatten, Fischfanglizenzen zu verkaufen. Der Verkauf dieser Lizenzen stellt die wirtschaftliche Basis der Inseln dar und viele der über die Invasion der illegalen Raubfischer erbosten Lizenznehmer haben bereits gedroht, in der nächsten Saison nicht mehr in Malwinengewässern zu operieren. Bis Montag fischten die argentinischen Fangboote in der von den Kelpers kontrollierten Zone. Jetzt aber, angesichts der Absicht der Inselbehörden, eine formale Beschwerde in Buenos Aires einzureichen, zogen sie sich aus dem Gebiet zurück. Wie verlautet, wurden die argentinischen Schiffe bei ihrer Tätigkeit gefilmt, um eine eventuelle Anzeige zu untermauern. Unterdessen hat die britische Regierung ein Kriegsschiff bestimmt, das den Kelpers bei den Patrouillen helfen soll.

Haushaltsstreit Fernández - Decibe

Ministerin kämpft gegen Kürzungen im Bildungsbereich

Bildungsministerin Susana Decibe wird das Dekret des Wirtschaftsministeriums über die Haushaltskürzung nicht unterschreiben. „Unter keinen Umständen werde ich das unterzeichnen“, erklärte Decibe gegenüber Journalisten am Dienstag. „Ich werde mit Nachdruck erklären, daß diese Streichung alle Einrichtungs- und Bauprogramme für Schulen, die für die Bildungsreform unverzichtbar sind, beeinträchtigt.“ Das Dekret von Wirtschaftsminister Roque Fernández sieht für das Bildungsressort eine Streichung in Höhe von 280 Millionen Pesos oder zehn Prozent der Gesamtmittel vor.

Nach ihrer Rückkehr aus Kuba, das sie auf Einladung der Regierung Fidel Castros besucht hatte, bekam die Ministerin etwa 1.000 Seiten mit den Details der von Fernández angeordneten Mittelkürzung zur Sichtung. Wie die Ministerin erklärte würden im Bereich Schulbau die begonnenen Projekte weitergeführt, aber keine neuen begonnen werden. „Wenn ich sage, ich mache diese Schule nicht, bedeutet das, daß Kinder ganzer Stadtteile und aus ärmeren Schichten der Bevölkerung ohne Schule bleiben“, sagte Decibe.

Am Donnerstag der vergangenen Woche nach der Kabinettssitzung wurde die Kürzung der öffentlichen Ausgaben bekannt, die auf Grund der gegenüber dem Internationalen Währungsfonds (IWF) eingegangenen Verpflichtungen erforderlich sind. Nach anfänglicher Nennung von Streichungen in Höhe von 1,325 Milliarden Pesos wurde der Betrag am Freitag auf 1,055 Milliarden Pesos gesenkt. Sowohl Arbeitsministerium als auch der staatliche Geheimdienst SIDE blieben außen vor. Obwohl Präsident Carlos Menem versichert hatte, die sensiblen Bereiche würden ausgespart bleiben, traf die Kürzung den, vor allem in einem Wahljahr, sensiblen Sektor Bildungspolitik.

Aus dem Chefbüro des Kabinetts erfolgte unmittelbar nach der Reaktion Decibes und in Erwartung einsetzender Polemik eine Erklärung zur Klimaverbesserung. Das Bildungsressort werde demnach die noch aus dem Haushalt 1998 fälligen 120 Millionen Pesos erhalten, wodurch sich eine Netto-Kürzung von etwa 160 Millionen Pesos ergebe.

De la Rúa-Vorteil auf Landesebene

Allianzkandidat für Präsidentschaft mit sechs Punkten vor Duhalde

Der Präsidentschaftskandidat der Allianz, Fernando de la Rúa hat in einer Umfrage vom vergangenen Wochenende sechs Prozent mehr Wahlpräferenzen als der Justizialist Eduardo Duhalde bekommen. Allerdings verringert sich der Vorteil, wenn es um Formeln geht: Dann haben de la Rúa und Chacho Alvarez nur einen Punkt Vorsprung vor Duhalde und Ramón Ortega. Umgekehrt zeigt sich das Ergebnis beim Vergleich der Parteien, wo der Justizialismus mit zwei Punkten vor der Allianz liegt. Die Zahlen sind das Ergebnis einer Umfrage des Institutes Graciela Römer y Asociados im April mit 1400 Interviewten auf Landesebene. Die Umfrage zeigt, dass der Vorteil der Allianz grösser ist, wenn nur nach dem Präsidentschaftskandidaten gefragt wurde. De la Rúa kommt dabei auf 36, Duhalde nur auf 30 Prozent. Im Vergleich der Wahlpräferenzen für die einzelnen Kandidaten mit denen für komplette Formeln ergibt die Römerumfrage, dass Ortega einen Zugewinn von fünf Punkten für die Kandidatur Duhaldes bedeutet. Fernando de la Rúa hingegen bekommt die fünf Punkte auch ohne Chacho Alvarez.

Diese Erkenntnis ist von grosser Bedeutung für die mit der Wahlkampagne betrauten Parteimanager der Allianz. Einige in der Mannschaft de la Rúas glauben, dass Alvarez eine grössere Rolle in der Kampagne spielen und Reden an die Adresse der peronistischen Wähler richten sollte, die weniger positiv auf das Image von de la Rúa reagieren. Die Befragung ergab auch, dass die Formel der Allianz 36 Prozent der Befragten befürworten, während 35 das Doppelgespann des PJ bevorzugen. An dritter Stelle liegt mit neun Prozent unter „ferner liefen“ Domingo Cavallo. Der Ex-Wirtschaftsminister kokettiert seit einiger Zeit mit Duhalde, hat aber bisher seine Allianzstrategie nicht festgelegt.

Andererseits aber zeigt sich bei der Messung der für Parteien abgegebenen Stimmen der PJ mit 31 Prozent an erster Stelle und die Allianz dabei mit 29 Prozent auf den zweiten Platz verweisst. Diese Zahlen mit den Ergebnissen der Umfrage vom Dezember vergleichend kommt das Institut zu dem Ergebnis, dass der PJ sieben Punkte zulegte, während die Allianz drei Punkte verlor. Dieses Resultat stimmt mit der Erkenntnis anderer Umfragen hinsichtlich einer grösseren Festigkeit der Parteiidentität der Wähler des PJ überein. Die bis heute erreichten Prozentzahlen, wenn auch besser als die von vor fünf Monaten, sind von den historischen Zahlen des Peronismus allerdings noch weit entfernt.

Diese bewegen sich um 35 Prozent herum. Andererseits aber, wenn man auch die geringere Bedeutung der Allianz damit erklären will, dass sie kaum zwei Jahre existiert, könnte ihr Absinken in den letzten Monaten auf eine Neugruppierung des Wahlvolkes zurückzuführen sein. Gemäss der Römer-Umfrage beträgt die Zahl der Unentschlossenen 23 Prozent.

DIE WOCHE IN ARGENTINIEN

DAIA will Absetzung

Der Dachverband jüdischer Organisationen DAIA hat beim Richterrat die Absetzung der Mitglieder der Berufungskammer beantragt. Die Kammerrichter hatten das Urteil gegen drei Männer annulliert, die einen Mann zusammengeschlagen und dabei antijüdische Parolen geschrien hatten. Die Angehörigen der drei Schläger hatten beim Prozeß ihren Unmut über das Urteil mit Beleidigungen und antisemitischen Tiraden gegen die Richter Ausdruck gegeben. Sie gingen straflos aus.

Ärzte für Kosovo

Vier argentinische Ärzte einer hiesigen Medizinergesellschaft sind am Mittwoch auf Ersuchen der UN in einer humanitären Mission nach Albanien geflogen, um dort in einem Flüchtlingslager ein Feldhospital zu betreuen. Zu ihren Aufgaben gehört auch die Einrichtung von Sanitätsstationen an den Fluchtwegen der Kosovo-Albaner.

Modellkritik

Der bonaerenser Gouverneur Eduardo Duhalde hat neuerlich das menemistische Modell abgelehnt. Bei einer gemeinsamen Wahlkampfveranstaltung mit Ramón Ortega und Carlos Ruckauf am 1. Mai in Florencio Varela erklärte Duhalde: „Es gibt eine neue Form der Ausbeutung, nämlich die Ausbeutung des Menschen durch den Markt!“

Ein Kandidat jammert

Der Gouverneur von San Luis und PJ-Präsidentschaftsvorkandidat Adolfo Rodríguez Saá hat geschätzt, daß seine Wahlkampagne für Oktober 3,5 Millionen Pesos kosten wird. Saá erklärte dies im Rahmen seiner Kampagne in Salta und Tucumán und beklagte gleichzeitig, nicht genug Geld für das Leasen eines Zuges zu haben, wie Eduardo Duhalde und Ramón Ortega. Saá fügte hinzu, seine Kampagne werde ihn mindestens einmal in jeden der 24 Wahldistrikte führen.

Medikamente gratis

Ein Laboratorium für die Herstellung von Medikamenten in San Luis hat angekündigt, Patienten der öffentlichen Krankenhäuser gratis mit Medikamenten zu versorgen. In einer ersten Etappe werden von ‚Laboratorios Puntanos‘ 27 der gebräuchlichsten Medikamente hergestellt, doch haben Provinzregierung und Nationaluniversität die Erweiterung auf 100 angekündigt. Mit den gratis abgegebenen Medikamenten soll die Zahl der Patienten reduziert werden, die die Medikamente auf Grund der Kosten abbrechen.

Spionage

Die Polizei von Mendoza hat bis Februar in einer „großen Säuberungsaktion“ insgesamt 2.600 Politiker, Beamte, Richter, Studenten und Journalisten bespitzelt. Dies geht aus einer Untersuchung der Zeitung „Los Andes“ hervor, die in der vergangenen Woche bekannt wurde und deren Ergebnisse am Montag der Provinzminister für Justiz und Sicherheit, Alejandro Cazabán, bestätigte.

Marín für Duhalde-Ortega

Der Gouverneur der Provinz La Pampa, Rubén Marín, hat eine Unterstützung der Formel Duhalde-Ortega bekanntgegeben, der, so Marín, 99 Prozent der PJ-Mitglieder zustimmen. „Die Vereinbarung zwischen Duhalde und Ortega hat die Situation erheblich entspannt und dies wird die Formel sein, die den Justizialismus am 24. Oktober repräsentieren wird“, erklärte Marín gegenüber Journalisten.

Gendarmenpatrouille

Der von Präsident Carlos Menem Mitte April angekündigte „Mobilisierungsstatus“ für Gendarmerie und Präfektur zur Bekämpfung der Kriminalität in der Hauptstadt hat bereits über 500 Einsatzkräfte. Zwei Tage nach der Ankünkigung am 15. April hatten sich bereits 100 Gendarmen an den Patrouillen beteiligt. Ende April taten bereits 550 Beamte von Gendarmerie und Marinepräfektur in diesem Bereich Dienst.

Hausdurchsuchung

Auf Anordnung des Bundesrichters in San Martín ist am Dienstag eine Hausdurchsuchung in der Buchhaltung der bonaerenser Gemeinde Malvinas Argentinas durchgeführt worden. Gegenstand der Maßnahme war eine Anzeige über Unregelmäßigkeiten bei der Asphaltierung von Straßen im Gemeindebereich. Präsident Carlos Menem hatte erst kürzlich an einer Veranstaltung für den Bürgermeisterkandidaten Raúl Ortega teilgenommen.

U-Bahn wird teurer

Mit dem heutigen Samstag verteuert sich der Preis für eine U-Bahnfahrt in Buenos Aires um 20 Prozent. Die U-Bahnmünze (Cospel) kostet nun 60 statt bisher 50 Centavos. Hintergrund der Fahrpreiserhöhung ist das Inkrafttreten der neuen, zwischen den nationalen Behörden, der Stadtregierung und dem Unternehmen Metrovías vereinbarten Konzession.

Die Tariferhöhung leitet eine Serie von derartigen „Aufbesserungen“ ein, die von den täglich 700.000 Fahrgästen getragen werden müssen. Die Neuverhandlung der Konzession schreibt einen Investitionsplan fest, der zum größten Teil mit drei jährlichen Tariferhöhungen finanziert werden soll. Der heutigen Tarifänderung wird eine weitere im Januar 2000 mit einem Anstieg des Fahrpreises auf 70 Centavos folgen. Dieser Fahrpreis soll dann ein Jahr konstant gehalten und im Januar 2001 auf 75 Centavos angehoben werden. Mit den Einnahmen der Fahrpreise und den weiterhin von der Nationalregierung gezahlten Subventionen muß Metrovías in den nächsten 20 Jahren entsprechend des Konzessionsvertrags ein Bau- und Verbesserungsprogramm mit einem Kostenaufwand von mehr als 1,4 Milliarden Dollar realisieren. Darunter fallen die Anschaffung von 280 neuen Waggons, die Renovierung von fast 200 Zuggarnituren der verschiedenen Linien, die Verlängerung der Linie E von Plaza de Mayo bis Retiro, der Bau einer neuen Knotenpunktstation der Linie D sowie die Installierung eines Ventilationssystems in Tunnels und Haltestellen. Dazu kommt die Neugestaltung der Bahnhöfe Lacroze und Constitución und der Umsteigestationen.

Die Passagiere der Vorstadtzüge retten sich nur wenige Monate vor den Fahrpreiserhöhungen. So erhöht sich der Fahrpreis der Urquiza-Bahn, für die Metrovías die Konzession hat, im Januar 2000 auf einen noch nicht festgelegten Betrag. Wie im Fall der U-Bahnen werden alle Verbesserungen von den Fahrgästen finanziert.

209 Millionen für den Wahlkampf

Die Kampagne für die Präsidentschaftswahlen im Oktober werden insgesamt über 200 Millionen Pesos kosten. Ein Vermögen und, wie die Mehrheit der Parteimanager auf Anfragen bestätigten, ein Betrag, wie er nie zuvor für derartige Zwecke in Argentinien ausgegeben wurde. Die Untersuchung einer hiesigen Tageszeitung hat ergeben, dass die aussergewöhnliche Dauer der Wahlkampagne von elf Monaten im ganzen Land, die am 20. Dezember in Córdoba begann und die Steigerung der Kosten von Dienstleistungen, politischen Marketings, Imageumfragen und Fernsehspots die Ausgaben explodieren liessen.

Tatsächlich hätten die Kosten nur den dritten Teil betragen, wenn Präsidentschafts-, Vize-, Gouverneurs- und Abgeordnetenwahl zusammengelegt worden wären. Doch die politischen Nützlichkeiten der jeweils regierenden Partei in den verschiedenen Distrikten führten zu Vorverlegungen oder Festsetzung verschiedenere Termine. Schätzungen gehen davon aus, dass allein in Córdoba und Catamarca mehr als 40 Millionen Pesos ausgegeben wurden. Die Finanzierung der Wahlkampagnen war immer das grösste Geheimnis der argentinischen Politik. Doch sickern immer wieder Zahlen durch und ab und an gibt es auch Informationen der Kandidaten selbst. So liessen Mitarbeiter Duhaldes verlauten, dass die Kosten seiner Kampagne etwa 55 Millionen Pesos betragen. Sein Rivale, der Kandidat der Allianz Fernando de la Rúa, werde nach Berichten mehr als 35 Millionen ausgeben. Neben allen anderen Ausgaben verfügt jeder der Kontrahenten über einen US-Berater, der nicht unter 20.000 Dollar monatlich verdient. Allerdings sind dies kleine Ausgaben im Verhältnis zum „Tren de la Victoria“, des „Siegeszuges“ von Duhalde und Ortega, der mindestens eine Million kostete.

Jubiläums-Buchmesse mit Besucherrekord

25. Feria del Libro zog über eine Million Besucher an

Die 25. Internationale Buchmesse von Buenos Aires hat am Montag mit einem neuen Besucherrekord geschlossen. Wie die Veranstalter am Montag mitteilten, passierten in den knapp drei Wochen über eine Million Besucher die Pforten der grössten Bücherschau Südamerikas. Die Verkaufszahlen seien jedoch hinter denen des Vorjahres zurückgeblieben. Von den grossen Verlagen konnten lediglich Sudamericana, Planeta und Losada ihren Umsatz um knapp 20 Prozent steigern, Riverside und Alianza mussten hingegen Einbussen von bis zu zehn Prozent hinnehmen. „Genaue Zahlen liegen jedoch noch nicht vor", erklärte die Organisatorin der Feria del Libro, Marta Díaz. Im vergangenen Jahr zog die Veranstaltung insgesamt 990.000 Menschen an.

Auf einer Fläche von fast 24.000 m2 präsentierten vom 16. April an 1.270 Aussteller aus über 40 Ländern ihre Bücher. Allein aus Deutschland waren 110 Präsentatoren angereist. Am deutschen Tag stellte der 37jährige Dresdner Ingo Schulze seinen Erzählband „Simple Storys" vor.

Die Jubiläumsausgabe der Feria del Libro unterschied sich abgesehen von dem Zuschaueranstieg sonst jedoch kaum von ihren Vorgängerinnen. Wie gewohnt zog das Publikum US-amerikanische Bestseller von Autoren wie John Grisham den Werken heimischer Schriftsteller vor. Und wie in den Vorjahren war der Absatz von Poesie verschwindend gering. Einzig ein peruanischer Verlag mit Gedicht- und Aphorismenbänden in Miniaturgrösse konnte aufgrund seiner Nischenposition dem Trend trotzen.

Eines der meistverkauften Bücher neben „Das Evangelium nach Jesus Christus" des portugiesischen Nobelpreisträgers von 1998, José Saramago, war Carlos Fuentes' neues Werk „Los años con Laura Díaz". Der Mexikaner, Träger des Cervantes-Preises 1987, war einer der grossen Stars auf der Buchmesse und entführte das Publikum bei der Lesung mit einem leidenschaftlichen Vortragsstil eine Stunde lang in die mexikanische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Das so promotionierte Buch fand reissenden Absatz - ebenso wie Alejandro Dolinas „El libro del fantasma", dessen Präsentation etwa 1.500 Zuhörer anlockte. Damit übertraf Dolina knapp die Marke von Paulo Coelho, der aus „Veronica decide morir" vor 1.450 Besuchern vortrug. Doch auch Coelho konnte einen Feria-Rekord für sich verbuchen: In der Nacht zum Sonntag signierte der Brasilianer bis um ein Uhr nachts sein Werk - eine Stunde über den offiziellen Feria-Schluss um Mitternacht hinaus. „Veronica..." und „El Alquimista" waren dann auch zwei der Bestseller während der knapp dreiwöchigen Veranstaltung.

Im Rahmen der Feiern „Einhundert Jahre Borges" wurde das Werk des 1899 geborenen Jorge Luis Borges noch stärker als in früheren Jahren nachgefragt. „Borges en Sur", die Autobiographie, sowie das Video von Borges' letztem Fernsehinterview wurden gezielt gekauft. Auch andere argentinische und lateinamerikanische Klassiker wie Julio Cortázar oder Mario Benedetti fanden einen starken Absatz. Während das Werk von Adolfo Bioy Casares nach dem Tode des Schriftstellers im März immer wieder gezielt gesucht wurde, verweigerte sich das Publikum dem ebenfalls Anfang des Jahres verstorbenen Marco Denevi. Das grosse Interesse an der Denevi-Hommage schlug sich nicht in steigenden Verkaufszahlen nieder. Ein „Hit" waren für die jugendlichen Besucher die im oberen Ausstellungsniveau zahlreich vertretenen Comic-Verlage. Die zunehmende Anzahl der Aussteller gezeichneter Sprechblasen-Geschichten trug dem aktuellen Zeitgeist und „Dragon Ball"-Fieber Rechnung und hatte internationale Comics aller Herkunft im Angebot - von Klassikern wie Asterix bis hin zum deutschen „Kult-Kondom" von Ralf König. Nachbarländer wie Chile und Paraguay verstanden es hingegen wieder einmal nicht, aus ihrer - im Falle Chiles - exponierten Ausstellungsfläche Kapital zu schlagen. Für die Mehrzahl der Besucher wenig attraktives Spartenmaterial aus vielfach altem Fundus weckte kaum Interesse. Für das kommende Jahr und die 26. Ausgabe der Feria del Libro planen die Organisatoren den Umzug auf das neugestaltete Ausstellungsgelände der Sociedad Rural.

J.W.

Randglossen

Gouverneur Duhalde gilt als umfragehörig. Als Gouverneur der mächtigsten Provinz sowie als Präsidentschaftskandidat pflegt er seine politischen Handlungen den Ergebnissen von Umfragen anzupassen. Für die Internwahl am morgigen Sonntag zur Kürung des Gouverneurskandidaten seiner justizialistischen Partei steht Duhalde hinter Vizepräsident Carlos Ruckkauf gegen den Ex-Gouverneur und Senator Antonio Cafiero. Sollte Ruckauf durchfallen, prophezeite Duhalde, dann nehme er seinen Hut als Präsidentschaftskandidat. Dieses Vabanquespiel beruht freilich auf den Umfragen, die Ruckauf einen bequemen Sieg von etwa zwei Dritteln der erwarteten Stimmen, möglicherweise eine Million Wähler, zuschanzen. Duhaldes Risiko scheint gering, doch seine Demissionsdrohung mag widerspenstige Peronisten bewegen, für Ruckauf zu stimmen.

In einem deutlichen Rückfall in frühere Praktiken hat die Gewerkschaft der Handelsangestellten bei den Supermärkten durchgesetzt, dass diese am vergangenen 1. Mai, dem Tag der Arbeit, ihre Türen schlossen und den Mitarbeitern freigaben, damit die sich ihres symbolischen Tages gebührend erfreuen konnten. Die Gelegenheit, die Kunden der Supermärkte anzusprechen, liessen sich freilich zahllose Inhaber von Kleingeschäften nicht nehmen, die am 1. Mai offen ihre Waren feilboten. Mit Gewerkschaftern wollen sie offenbar nichts zu tun haben. Der Umsatzverlust geht zu Lasten der Supermärkte, die sich dafür beim Gewerkschaftsgewaltigen Armando Cavalieri bedanken dürfen. Er feierte, während die Ladeninhaber arbeiteten.

Die Verschuldung der Provinzen

Die Gesamtverschuldung aller Provinzen betrug zum 31.12.98 $ 17,07 Mrd., um 5,8% mehr als zum letzten Vorjahresabschluss, wie das Unterstaatssekretariat für Regionalplanung bekanntgab.

Ein Teil der höheren Verschuldung ist auf Kredite von $ 80 Mio. für die Provinz Santa Cruz und von $ 120 Mio. für Santa Fe, für die Privatisierung ihrer Provinzbanken, sowie auf einen Kredit von $ 110 Mio. für das Erziehungswesen der Provinz Buenos Aires zurückzuführen. Die Provinzen San Juan, Río Negro, Salta und Tucumán erhielten die erste Tranche des provinziellen Strukturprogrammes, was ihre Verschuldung erhöhte.

Beinahe alle Provinzen haben ihre Gesamtverschuldung erhöht. Nur Buenos Aires Stadt verringerte seine von $ 2,62 auf 2,43 Mrd., Mendoza von $ 1,14 auf 1,02 Mrd., Tucumán von $ 1 Mrd. auf $ 982 Mio. und La Rioja von $ 505 auf 496 Mio.

Wichtigste Gläubiger der Provinzen einschliesslich der Stadt Buenos Aires sind die Banken, denen über $ 5 Mrd. geschuldet werden.

Rechte der Fernsprechteilnehmer

Ab Oktober werden die Abonnenten des Fernsprechdienstes den Dienstleister für ihre Orts- sowie In- und Auslandsgespräche frei bestimmen können. Das Staatssekretariat für Fernverbindungen gab die neuen Rechte bekannt, die Fernsprechteilnehmer geniessen. Es weist ausdrücklich darauf hin, dass Vertragsklauseln, die diese freie Wahl einschränken, Null und Nichtig sind.

Auf der Liste der Neuordnung befindet sich:

* Die Verzugszinsen, die Dienstleister berechnen können, dürfen die Wechseldiskontsätze auf 30 Tage der Banco de la Nación nicht um mehr als 50% überschreiten.

* Der Kunde kann vom Vertrag gebührenfrei, mit 30tägiger Kündigungsfrist und blosser Verständigung, zurücktreten. Auf den Rechnungen muss gebührenfrei die Zahl der Anrufe angegeben werden, ihr Betrag und die Orts-, In- und Auslandsgespräche nach den Gebührenzeiträumen, in denen sie durchgeführt wurden. Ausserdem kann der Kunde eine Bestätigung anfordern, dass er keine Zahlungsrückstände hat.

* Von Kunden die wiederholt säumig werden, kann das Unternehmen eine Garantiehintelegung fordern. Ausgenommen sind Kunden die Rentner oder Kleinverbraucher sind.

* Wenn ein Abonnent mehr als 30 Tage in Zahlungsverzug ist, können seine ausgehenden Gespräche gesperrt werden, ausgenommen die Notdienste.

* Nach Verzögerungen von 60 Tagen und mehr, kann das Unternehmen die Dienstleistung als endgültig beendet betrachten. Der Kunde verliert diese Eigenschaft, wenn ihm unerlaubte Verbindungen nachgewiesen werden oder wenn er der Aufforderung des Dienstleisters nicht nachkommt, Geräte die die Dienstleistung beeinträchtigen zu reparieren oder zu ersetzen.

* Wenn ein Kunde gegen eine Rechnung Einspruch erhebt, kann er ein einziges Mal eine gebührenfreie Aufgliederung der einzelnen Anrufe verlangen.

* Der Kunde hat auf zwei Arten von Entschädigung Anspruch: Wenn das Unternehmen den Dienst nicht leistet und wenn er nicht richtig im Telefonbuch erscheint.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Delirium tremens

Die jetzige Haushaltsdiskussion, nur ein halbes Jahr nach der Behandlung im Kongress, weist auf einen Gemütszustand hin, der einem Delirium tremens verblüffend ähnlich sieht. Politiker, Regierungsbeamte, Unternehmer, Gewerkschafter, Universitätsbeamte, Studenten, allesamt drängen sie auf höhere Ausgaben und geringere Steuern, als ob das nationale Budget im Überfluss schwelgt und ungemein viel Staatsgeld zur Verteilung aus-steht.

Genau das Gegenteil ist der Fall. Das Schatzamt musste für 1999 das im Haushaltsgesetz vorgesehene Defizit von knapp $ 3,0 Mrd. auf $ 5,0 Mrd. anheben. Die Delegation des Internationalen Währungsfonds, die die Rolle des Revisors der Fiskalmakroökonomie ausübt, hat zugestimmt. Andere Defizitquellen in Provinzen, Gemeinden, im Kongress und sonstwo dürften dieses Defizit verdoppeln, so dass die Defizitquote auf etwa 3% des BIP zunimmt und nahezu 10% der konsolidierten Staatsausgaben ausmacht. Zudem muss es geschätzterweise zur Hälfte im Ausland finanziert werden. Hier liegt die verwundbare Flanke der argentinischen Wirtschaft. Argentinien geniesst als Staatsschuldner keinesfalls wie Chile die Kategorie des „investment grade“ der Rating-Agenturen, die mit einer Kaufempfehlung einher geht, sondern gilt als riskanter Schuldner, der gegebenenfalls zahlungsunfähig wird. Das ist bereits in Einzelfällen (Alpargatas, Piedra del Aguila, Cadelplata) eingetreten. Deshalb sind die Zinssätze, die argentinische Schuldner bezahlen müssen, denkbar hoch, weil die Länderrisikoprämie mindestens 400 Basispunkte über Treasuries beträgt, in Krisenszenarien viel mehr. Chile zahlt nur ein Drittel. Das beeinflusst das gesamte Zinsgefälle im Land, verhindert Investitionen und hält die Arbeitslosigkeit hoch.

Vor diesem Hintergrund musste die Wirtschaftsführung Budgetausgaben kürzen, damit das neue Defizitziel von $ 5,0 Mrd. eingehalten werden kann. Der Rotstift sistierte zahlreiche Ausgabenprogramme für $ 1.055,6 Mio. auf Kassenbasis, die das Schatzamt im laufenden Haushaltsjahr betreffen. Darüber hinaus umfasst die Kürzung insgesamt $ 1.483,7 Mio., wenn die Ausgaben hinzukommen, die zwar dieses Jahr verfügt, aber erst 2000 effektiv ausbezahlt werden.

Den grössten Kürzungsposten lässt das Wirtschaftsministerium im eigenen Bereich mit $ 369,0 Mio. zu. Obwohl dieses Ministerium mit dem Beispiel voran ging und auch das Präsidialamt mit $ 266,9 Mio. an zweiter Stelle rangierte, reagierte das Erziehungsamt, das mit $ 163,6 Mio. zur Kasse gebeten wird (insgesamt $ 280 Mio. einschliesslich nächstes Jahr auszuzahlende Etatposten) besonders sauer.

Im Ausgabenstreit zwischen Wirtschaftsminister Roque Fernández, dem diese besonders unangenehme Aufgabe zufällt, und Erziehungsministerin Susana Decibe, zog letztere den Kürzeren und demissionierte, obwohl im Kongress Stimmen laut wurden, die durch ein Sondergesetz die Ausgabenkürzung widerrufen wollen. Nach sechsjähriger Amtszeit als Unterstaatssekretärin und Amtsinhaberin sowie vorher drei Jahre im Kongress mit Erziehungsaufgaben scheidet Susana Decibe vorzeitig aus ihrem Amt aus.

Der radikale Deputierte Rodolfo Terragno war der einzige, der Alternativen vortrug. Anstatt den Erziehungsetat zu kürzen, empfahl er, dass alle Geheimfonds für einen etwa gleichgrossen Posten aufgelöst werden. Auch das Staatssekretariat für Sicherheit (SIDE) soll dran glauben. Andere Meinungen zielen auf die hohen Ausgaben im Präsidialamt für Berater und Reisen ab. Von Seiten volkswirtschaftlicher Sachverständiger wie FIEL werden die Subventionen für geförderte Unternehmen und der Tabakfonds ins Visier genommen, deren Abschaffung andere Kürzungen verhindern würde.

Indessen steht es dem Präsidenten zu, in diesen Disputen über Staatsgelder als Schiedsrichter zu entscheiden. So kam es zur Kürzung laut Notstandsdekret 455 (Amtsblatt vom 6. Mai), durch das alle Ministerien Federn lassen mussten, ausgenommen das Arbeitsamt, dem für Sonderprogramme $ 93 Mio. zusätzliche Gelder zugeschanzt wurden. Ebenso nehmen die Ausgaben für Zinsendienste zu, die keiner willkürlichen Entscheidung entsprechen, sondern marktgegeben sind. Der Zinsendienst übertrifft 1999 erstmals $ 8,0 Mrd., bereits mehr als 15% der Ausgaben des Schatzamtes. Die Schulden wachsen ununterbrochen kraft Defizit und mit ihnen der Zinsendienst.

Der Gemütszustand des Delirium tremens kommt auch zum Vorschein, wenn man berücksichtigt, mit welcher Unkenntnis der Staatsfinanzen die Deputiertenkammer sowie vor wenigen Tagen der Senat die Vetos der Exekutive mit Zweidrittelsmehrheit sowie gegebenenfalls mit Einstimmigkeit abgeschafft haben, mit denen Staatsausgaben sistiert worden waren.

Wie erwartet, haben die Parteipolitiker im Kongress die Subvention für die eigenen Kassen von bisher $ 1 je Stimme bei den letzten Wahlen auf $ 3 verdreifacht. Dadurch wird das Schatzamt für die nächsten Wahlfeldzüge über $ 40 Mio. locker machen müssen. Hinzu kommen Förderungen für neun Provinzen, wenn Unternehmen in der Landwirtschaft und einigen Industrien die Mehrwertsteuer investieren, die sie sonst an das Steueramt abgeben müssten. Die Beträge werden dann nach vielen Jahren zinslos zurückgezahlt. Bisher genossen Catamarca, La Rioja, San Juan und San Luis diese Förderungssubventionen. Künftig kommen hinzu Mendoza, Córdoba, Santiago del Estero, Formosa, Salta, Jujuy, Tucumán, Chaco und Corrientes.

Die Krankenkasse der Rentner, genannt PAMI, erhält $ 200 Mio., indem sie sich mit Schatzamtgarantie verschulden darf. Das erhöht freilich das Defizit, auch wenn die Schuldtitel nicht vom Schatzamt ausgegeben werden, wie es sich gehört. Mit anderen Sonderposten bedeuten die widerrufenen Vetos $ 671 Mio. zusätzliche Ausgaben, denen keine Einnahmen gegenüber stehen. Ein besonders heisser Zwist betraf die Zulage von $ 100 Mio. für die staatlichen Universitäten, die im Kongress dem Haushalt zugefügt worden war und durch ein Veto abgeschafft werden sollte. Da der Kongress diese Partie wieder herstellte, wurde sie im Notstandsdekret 455 nochmals gestrichen. Ob der Kongress dieses Dekret, wie angedroht wird, ausser Kraft setzt, bleibt abzuwarten. Die staatlichen Universitäten haben ihr Budget in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt, insbesondere die Universität von Buenos Aires mit über 180.000 Studenten und allerlei Karrieren, die eher Fachschulen sind. Rektor Shuberoff übt sich als radikaler Parteipolitiker, indem er einen bedeutenden Teil des Budgets selber im Rektorat verwaltet und die Studentenvertreter entlohnt. Die Aktivisten mobilisieren Kundgebungen mit Strassensperren und Verkehrsstörungen, um mehr Geld aus der leeren Staatskasse herauszupressen.

Die mögliche Sondereinnahme von $ 850 Mio. aus dem Verkauf der Restaktien von YPF in Händen des Nationalstaates soll geringere Auslandsverschuldung bewirken, wie es sich gehört. Statt dessen werden Stimmen laut, die diesen Betrag für allerlei Sozialprogramme einsetzen wollen, damit das Defizit auf jeden Fall nicht abnimmt.

Gleichzeitig üben sich allerlei Lobbies zugunsten von Steuersenkungen. Die Landwirtschaft hat unlängst einen Verkaufsstreik organisiert, um die Steuern auf den vermutlichen Gewinn und auf die Zinsen abzuschaffen. Die Industrie plädiert für die gleichen Steuersenkungen sowie für die Abschaffung der Sozialbeiträge. Letzteres ist gestandene Regierungspolitik seit 1994, zuzüglich anderer Steuersenkungen wie die Halbierung des Mehrwertsteuersatzes zugunsten einiger Produkte und Dienstleistungen und der Senkung gewisser Importzölle. Alle tun, als ob das Schatzamt diese Steuereinnahmen durch erhöhte Eintreibungen verkraften kann. Genau das Gegenteil ist im Rahmen der obwaltenden Rezession der Fall, da die Steuereinnahmen gesamthaft abnehmen.

Nicht genug mit den gewünschten Zunahmen laufender Ausgaben und geringerer Steuerlast, sind mehrere Infrastrukturbauten unterwegs, die denkbar unwirtschaftlich und zumindest nicht dringlich sind. Wir haben sie an dieser Stelle mehrmals aufgezählt. Die Brükke über den Río de la Plata, der sogenannte Bundeskanal, die patagonische Eisenbahn, die Justizstadt sowie neuerdings die Unterführung bei Puerto Madero und andere Bauten zeugen von einer Einstellung, die öffentliche Gelder im Überfluss voraussetzt.

Da das Schatzamt über das Defizit von $ 5,0 Mrd. hinaus keine Mittel besitzt, um die Mehrausgaben zu finanzieren, wird es mit anderen Tricks vorlieb nehmen. Einige Einnahmen aus Sondersteuern zugunsten bestimmter Kassen (Elektrische Energie in Provinzen und Tabakfonds) werden vorerst einbehalten und nicht ausbezahlt werden. Im dritten Quartal wird geprüft werden, ob die Auszahlung möglich ist, anderenfalls Bonds mit Fälligkeit Ende 2000 ausgegeben werden. Somit wird die diesjährige Kassennot der kommenden Regierung aufgebrummt werden. Die Provinzgouverneure, die mit diesen Geldern rechnen, bereiten sich auf den Kampf vor, den sie gegebenenfalls im Kongress mit ihren Deputierten und Senatoren ausfechten werden. Das mag ein interessantes politisches Geplänkel bewirken, ohne dass deshalb das fehlende Geld erscheint. Auch die Rentner, die von jetzt an in Rente gehen, werden auf die Auszahlung der rückwirkenden Beträge vorerst verzichten müssen.

Irgendwann werden die massgebenden Politiker im Land zur Besinnung kommen müssen, um Schlimmeres zu verhüten. Die sogenannte Konvertibilität führt notgedrungen zur strengen Fiskaldisziplin, weil die Notenbank die Defizite im Schatzamt nicht mit Geldschöpfung finanzieren darf und die Verschuldung sich in Grenzen halten muss. Die kommende Regierung wird am 10. Dezember ein hässliches Erbe antreten, wenn sie die Folgen des Delirium tremens in der leeren Staatskasse begutachtet und selber sieht, wie sie über die Runden kommt, ohne Geld zu schöpfen und sich uferlos zu verschulden.

Sinkende Steuereinnahmen

Die gesamten Einnahmen des Nationalstaates an Steuern, Zöllen, Sozialabgaben und Gebühren lagen im April mit $ 3,81 Mrd. um 2,4% unter dem gleichen Vorjahresmonat und um 2,5% unter März 1999. Berücksichtigt man die Einnahmen aus den neuen Steuern, so liegt der Rückgang gegenüber dem Vorjahr bei 6,7%. Die Steuer auf den vermuteten Mindestgewinn (Aktivensteuer) brachte im April $ 104,8 Mio. ein., die Steuer auf gezahlte Zinsen $ 69,2 Mio, was insgesamt $ 174 Mio. ausmacht. Hinzu kommt die Wirkung der Erhöhung des maximalen Gewinnsteuersatzes von 33% auf 35%, der auch für AGs und GmbHs gilt, ebenso die Erweiterung der MWSt. auf Werbung (Anzeigen bei Zeitungen und Zeitschriften und Werbung im Rundfunk und Fernsehen), auf Kabelfernsehen und auf die Beiträge zu privaten Gesundheitsdiensten. Aber auf der anderen Seite wurden die Unternehmerbeiträge an die Pensionskassen ab 1. März leicht gesenkt und die Gewinnsteuereinnahmen wurden zum Teil durch die Erhöhung der Vorschüsse, die Ende letzten Jahres vollzogen wurde, geleert.

Die MWSt. lag im April mit $ 1,52 Mrd. um 4,9% unter dem gleichen Vorjahresmonat und um 9,1% unter dem Vormonat. Dabei lagen die MWSt.-Einnahmen des Steueramtes um 0,4% und 4,1% höher, die vom Zollamt einbehaltene MWSt. um 20,7%, bzw. 5,4% niedriger. Die Rückgaben der MWSt. an Exporteure lagen mit $ 257,9 Mio, um 17,5% niedriger als im Vorjahr, jedoch um 201,2% höher als im Vormonat. Die Rückvergütungen lagen mit $ 53,9 Mio. um 2,5% unter April des Vorjahres und um 21% über März 1999. Die MWSt.-Einnahmen vom April beziehen sich im Wesen auf Umsätze vom März. Die Zunahme bei der direkt vom Steueramt eingenommenen Steuer ist auf geringere Abzüge der vom Zollamt schon einbehaltenen MWSt. zurückzuführen. Der starke Importrückgang wirkt sich direkt auf die MWSt.-Einnahmen aus. Erstaunlich ist, dass die MWSt.-Einnahmen im April unter denen von März lagen, was darauf hindeutet, dass der Märzumsatz geringer als der des Ferienmonats Februar gewesen sein muss.

Das deutet auf rückläufige Konjunktur, Zahlungsverzug und/oder höhere Hinterziehung hin. Da sich der Konjunkturrückgang sehr stark auf Importgüter und Kfz konzentriert, wo die MWSt. gezahlt werden muss, da sonst die Ware das Zollamt nicht verlassen kann und die Kfz nicht angemeldet werden können, entsteht hier eine besonders negative Sonderwirkung auf die Steuereinnah-men.

Die Gewinnsteuer lag im April mit $ 681,9 Mio. um 10% unter dem gleichen Vorjahresmonat und um 4,8% über März. Der Rückgang erklärt sich wie gesagt durch höhere Anzahlungen, während die Zunahme darauf zurückzuführen ist, dass der Termin der Zahlung für physische Personen auf April entfällt.

Die Einnahmen des sozialen Sicherheitssystems gingen gegenüber April 1998 um 8% und gegenüber März 1999 um 3,4% zurück. Hier wirkt sich die Verringerung der Beiträge und die geringere Beschäftigung aus. Ausserdem wirkt sich der Übergang vom staatlichen auf das private Rentensystem weiter aus, so dass die Einnahmen der privaten Fonds um 6,8% über dem Vorjahr lagen, aber um 2% unter dem Vormonat.

Die Aussichten für die Fiskaleinnahmen sind 1999 nicht gut. Das wurde schon bei der Korrektur der Zahlen vorweggenommen, die im IWF-Abkommen enthalten sind. Wenn jedoch in den kommenden Monaten nicht zumindest eine bescheidene Besserung eintritt, dann dürfte das Budgetproblem noch einmal kritisch werden.

Die Übernahme vonYPF durch Repsol

Als die spanische Erdölgesellschaft Repsol vor kurzem das von der Regierung ausgeschriebene Paket von 14,99% des Aktienkapitals von YPF kaufte, war von vorne herein klar, dass die Absicht bestand, die Kontrollmehrheit zu übernehmen. Repsol erhielt sofort einen Sitz im Direktorium von YPF, in der Person von Alfonso Cortina, des Repsol-Präsidenten. Diesem gelang es jedoch nicht, die Direktoriumsmitglieder dazu zu bewegen, eine Statutenreform durchzusetzten, die Repsol erlaubt hätte, die fehlenden 35,02% des Kapitals an der Börse zu kaufen. Diese Reform war ohnehin schwierig, auch wenn das Direktorium eine ausserordentliche Generalversammlung für diesen Zweck einberufen hätte, da die Statuten vorsehen, dass Reformen dieser Art eine Zweidrittelmehrheit des Kapitals erfordern, wobei normalerweise weniger als die Hälfte des Kapitals bei Generalversammlungen vertreten ist. Das YPF-Kapital ist derart verzettelt, dass die meisten Aktionäre (zum grössten Teil US-Investmentfonds) kaum Interesse haben, sich aktiv an der Gesellschaft zu beteiligen.

Nachdem nun Repsol eingesehen hat, dass dieser Weg zwecks YPF-Übernahme nicht möglich war, musste sie sich an die Vorschrift der Statuten halten, die vorsieht, dass bei Überschreitung der 15%-Grenze ein Angebot für das gesamte Kapital gemacht werden muss („tender offer“), und zwar zum höchsten Preis, der für Aktien bezahlt worden ist, plus einen Zusatz, der sich aus einem Koeffizienten zwischen diesem Preis und vorangehenden Preisen ergibt. Das ergab einen Preis von $ 44,78 pro Aktie, der um 25,4% über dem Schlusskurs des Vortages lag. Gegenüber dem Kurs, die die YPF-Aktien vor dem ersten Kauf von Repsol hatten, der zwischen $ 25 und $ 30 lag, ist der Sprung noch höher. Und diejenigen, die die Aktien gleich bei der Privatisierung gekauft haben, verdoppeln ihr Kapital.

Die Finanzierung des Kaufs

Zu diesem Kurs macht der Kauf von 85,01% des Kapitals insgesamt $ 13.438 Mio. aus, was mit den $ 2.010 Mio., die Repsol schon für die 14,99% gezahlt hat, $ 15.448 Mio bedeutet. Für ein Unternehmen wie Repsol, mit Aktiven zum 31.12.98 von US$ 20.112 Mio und einem Betriebsgewinn im Jahr 1998 von US$ 1.941 Mio. ist dies ein grosser Brocken. Repsol erhielt für dieses Geschäft einen Kredit der Banco Bilbao Vizcaya (der Cortina als Grossaktionär und Vorstandsmitglied angehört), zusammen mit Goldman Sachs, La Caixa, Merril Lynch, CitiGroup und UBS.

Ist einmal das Geschäft perfekt, will Repsol Aktiven (von Repsol und/oder YPF) für US$

2,5 Mrd. veräussern und durch Rationalisierung und Synergieeffekte zusätzliche US$ 300 bis US$ 350 Mio. verdienen. Auserdem will Repsol Wandelobligationen für US$ 6 Mrd. ausgeben, die zu einem vorgegebenen Preis zu einem bestimmten Termin in Aktien umgewandelt werden können. In der Nachkriegszeit waren die Wandelobligationen an der Börse von New York ein übliches Finanzierungsinstrument, das u.a. den Spieltrieb der Investoren anspricht, da bei gutgehenden Unternehmen dann ein Extragewinn entsteht. Das war damals in den USA auch meistens der Fall. In Argentinien sind Wandelobligationen zwar gesetzlich zugelassen, werden aber kaum effektiv verwendet. Bei Repsol-Obligationen dürfte die spätere Umtauschmöglichkeit in Aktien die Unterbringung erleichtern, eventuell zu einem niedrigeren Zinssatz.

Rentabilität u.a. Erwägungen

Bedenkt man, dass YPF dieses Jahr einen Gewinn von etwa $ 500 Mio. erwirtschaften wird, so erscheint das Geschäft für Repsol fragwürdig, da dies bezogen auf das Kapital eine Rendite von knapp über 3% ausmacht. Aber auch wenn YPF eine Milliarde verdient, ist das Geschäft mittelmässig. Die Rechnung geht nur auf, wenn Repsol besonders niedrige Zinsen für die Kredite zahlt. Bei normalen Bankzinsen verliert Repsol Geld. Aber auf alle Fälle wird der Repsol-Gewinn zunächst verwässert und die Repsol-Aktie entwertet. Wie verlautet, hat Repsol bei diesem Geschäft eben nicht an die unmittelbare Rentabilität gedacht, sondern an die Entwicklungsmöglichkeiten. Es ist, wie man heute sagt, „ein strategisches Geschäft“. Repsol ist besonders im „downstream“ (Raffinerien und Verteilungsnetz) stark, YPF hingegen in Argentinien auch beim „upstream“ (Erdölförderung), und international nach dem Kauf dem Maxus Energy im Jahr 1995, ganz besonders beim Upstream, da sich diese Gesellschaft nur der Förderung von Erdöl und Gas widmet. Durch den Kauf würde Repsol somit eine ausgeglichene Struktur erhalten.

Beim Kauf wurden die Erdölreserven von YPF dem Kaufpreis zu Grunde gelegt, wobei sich ein Preis pro Mengenenheit ergibt, der unter den internationalen Parametern liegt. Dennoch muss man bedenken, dass Rohöl unter Angebotsdruck liegt und lange Zeit liegen wird; der Preis konnte in den letzten Wochen um 50% erhöht werden, ab einem besonders niedrigem Stand, weil das OPEC-Kartell eine Mengenreduktion durchsetzte. Dennoch besteht die Gefahr, dass arme OPEC-Mitglieder, wie Nigerien, gelegentlich die Quoten wieder überschreiten, wobei auch nicht OPEC-Mitglieder, wie Argentinien, die Produktion erhöhen. Schliesslich wird Irak, wenn Saddam Hussein einmal stirbt, voraussichtlich wieder als Erdöllieferant zugelassen werden (gegenwärtig wird diesem Land nur eine geringe Lieferung erlaubt), was dann andere Erdölexporteure zu schwierigen Kürzungen zwingt, oder eben den Preis drückt. Dann sei noch darauf hingewiesen, dass brennstoffsparende Technologien immer weiter fortschreiten und der Konsum nicht stark steigt. Und schliesslich ist es beim rasanten technologischen Fortschritt unserer Zeit gut möglich, dass gelgentlich andere, billigere und umweltfreundlichere Energiequellen entdeckt werden.

Der Reichtumseffekt

Der Kauf der YPF-Aktien hat sofort einen „Reichtumseffekt“ gehabt. Wenn man vom Gesamtpreis den Teil abzieht, den Repsol schon besitzt, dann noch den Anteil von 5,3% der Regierung und den der Provinz Santa Cruz, so verbleiben über US$ 11 Mrd., die die Aktionäre erhalten, die sie zum grossen Teil in anderen argentinischen Aktien investieren. Da die YPF-Aktien sofort im Preis gestiegen sind, ist diese Wirkung schon zum Teil eingetreten, so dass die Börse bei stark gestiegenen Umsätzen eine Hausse erlebte. In Zukunft wird dieser Kauf jedoch für die Börse negativ ausfallen, da die YPF-Aktien nicht mehr gehandelt werden. Denn selbst wenn Repsol einen Teil des Kapitals an der Börse unterbringen wollte, so wäre dies kaum zum Preis von $ 44,78 je Aktie möglich; und Repsol wird wohl kaum an einen Börsengang mit hohem Verlust denken. Für viele Aktionäre entsteht hier ein Reingewinn, der insgesamt auf gut US$ 4 Mrd. veranschlagt werden kann, also fast 1,3% des argentinischen BIP. Das spornt dann allerlei andere Käufe an, wobei es sich um einen Betrag handelt, der wohl gesamtwirtschaftlich ins Gewicht fällt.

Für die Regierung bedeutet der Verkauf des Restpaketes Einnahmen von $ 840 Mio., die dem Wirtschaftsminister Fernández sehr gelegen kommen, um das Budgetloch zu stopfen, bzw. zu verhindern, dass das mit dem IWF vereinbarte Defizit überschritten wird. Der Kauf dürfte indessen auch eine psychologische Wirkung haben und dazu betragen, dass Argentinien in den internationalen Finanzzentren besser benotet wird. Für die Pensionsfonds, die von den AFJP-Gesellschaften verwaltet werden, bedeutet dies auch eine Aufwertung des Portefeuilles, da sie vor dem Kauf YPF-Aktien zum damaligen Kurs für etwa $ 400 Mio. hielten. Das kommt ihnen gelegen, um die Beitragenden zu beruhigen, die wohl wenig erfreut über den Wertverlust ihres angesammelten Kapitals waren, der in letzter Zeit eingetreten war.

Monopolfrage und keine Fusion

Bei diesem Kauf tauchte sofort die Monopolfrage auf, nachdem Repsol schon die Gesellschaft Astra und Pluspetrol besitzt. Nun kann die Regierung jedoch im Rahmen der bestehenden Monopolgesetzgebung nicht viel tun, um diesen Kauf zu verhindern, da die Bildung marktbeherrschender Positionen als solche nicht untersagt ist, sondern nur das monopolartige Verhalten. Seit zweieinhalb Jahren liegt dem Kongress ein Gesetzesprojekt vor, das die Genehmigung der Regierung bei Zusammenschlüssen dieser Art vorsieht, das jedoch bisher nicht verabschiedet wurde. Laut „Ambito Financiero“ ist es, weil „Clarín“ sich dagegen sträubt.

Die Regierung behält jedoch die Goldaktie („golden share“), die ihr das Recht gibt, gegen grundsätzliche Statutenänderungen zu opponieren. Das bezieht sich darauf, dass der Name YPF beibehalten werden muss, der Sitz der Gesellschaft weiterhin Argentinien sein muss, so dass die Gewinnsteuer in Argentinien gezahlt wird, und eine Fusion nicht zugelassen wird, so dass Repsol und YPF weiterhin formell als unabhängige Gesellschaften tätig sein werden. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass YPF Astra und Pluspetrol schluckt, da deren Bestehen als unabhängige Firmen des gleichen Besitzers in Argentinien wenig Sinn hat.

In politischen Kreisen ist dieses Geschäft mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden. Denn YPF war seinerzeit so privatisiert worden, dass das Unternehmen den Charakter einer argentinischen Gesellschaft beibehalten hat. Es gab keine private Mehrheit, da nur Perez Companc 3% des Kapitals hielt (die sie vor kurzem verkauft hat), während die meisten Investment-Fonds je unter 1% hielten. Ausserdem wurden die Aktien an der Börse in grossem Umfang gehandelt, so dass sich das lokale Publikum mit Aktienkäufen am Unternehmen beteiligte. Und schliesslich hielt der Staat über 20% und die Provinzen auch über 15%. Mit dem Kauf durch Repsol verliert die Firma somit diesen argentinischen Charakter, obwohl sie formell weiterhin eine Gesellschaft mit Sitz in Argentinien ist.

Objektiv gesehen ist dieser Kauf für das Unternehmen dann positiv, wenn er mit Investitionen und einer Expansionspolitik einhergeht. Vorläufig wird jedoch das Gegenteil der Fall sein, da Repsol die Investitionen (von Repsol selber und von YPF) um etwa U$S 2 Mrd. kürzen wird. Repsol ist durch den Kauf überfordert und zunächst nicht in der Lage, Mittel für hohe Investitionen aufzubringen. Das dürfte sich jedoch bald ändern. Andererseits wird befürchtet, dass Repsol Gewinne irgendwie von YPF auf sich abzweigen kann, was für YPF und den argentinischen Staat als Empfänger der Gewinnsteuer schädlich wäre. In der Praxis ist dies jedoch nicht so einfach. Es dürfte sich im Wesen um einen Inhaberwechsel handeln, der beim Unternehmen selber wenig ändert.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinsen der wichtigsten Banken für Fristdepositen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 5,65% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 6%.

***

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 17,5% auf 604,10, der Burcapindex um 18,5% auf 1.101,04 und **der Börsenindex um 16,0% auf 23.162,96.**

***

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 4,3% auf $ 0,7435.

***

Die Aufwertung des Dollar und Peso gegenüber anderen Währungen führte zu Kursgewinnen, so dass die zusätzliche Verschuldung der Öffentlichen Hand im 1. Quartal 1999 auf $ 852 Mio. statt auf $ 2,77 Mrd. stieg und somit rd. $ 2,01 Mrd. gespart wurden. Die Gesamtverschuldung erreichte zum 31.3.1999 $ 113,6 Mrd. Im Bezugsquartal ging die Regierung Verpflichtungen für $ 8,07 Mrd. ein und bezahlte für $ 5,02 Mrd. Dabei wurden beim Eintausch von Brady Bonds zusätzlich $ 278 Mio. verdient. Im Mai soll versucht werden, ähnliche Transaktionen, jedoch in der Grössenordnung von über $ 2 Mrd., durchzuführen.

***

Die Kontokorrentschliessungen wegen ungedeckter Schecks nahmen im April gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um 29% zu, gegenüber dem Vormonat um 16%, wie die Firma Veraz bekanntgab. Bei juristischen Personen, Gesellschaften und Firmen, betrug die Zunahme im Vorjahresvergleich 40,7%. Die Anzahl der gesperrten Konten betrug im April 6.692, um 8% weniger als die 7.257 des Vormonates. Im 1. Quartal '99 nahm die Zahl der gesperrten Konten im Vorjahresvergleich um 26% zu.

***

Die 104 Vergleiche im April waren um 9,4% weniger als im März, wenn auch um 13% mehr als im Vorjahresapril. In den ersten 4 Monaten '99 wurden 332 Konkurse und Vergleichsvefahren beantragt, um 5% weniger als im Vorjahresquartal. Die gefällten Urteile waren 109, um 27% weniger als im Vormonat und um 19,3% weniger als im gleichen Vorjahresmonat. Die Konkurse des Quartals betragen 351, um 11% weniger als die 394 des 1. Vorjahresquartals '98.

***

Die Beanspruchung öffentlicher Dienstleistungen nahm im Vorjahresvergleich im März um 9,6% und im 1. Quatral um 8,8% zu, wie das Statistikamt Indec bekanntgab. Saisonbereinigt betrug die Zunahme gegenüber dem Vormonat 11,1%, nachdem sie im Februar um 5% und im Januar um 4,9% zurückgegangen war. Im März nahm die Zahl der Fahrgäste bei Stadtbussen um 2,9% ab, bei Nahzügen um 1,1% im März- und um 1,8% im Quartalsvergleich. Die Vorstadteisenbahnen legten im Märzvergleich 0,3% zu und verloren im Quartalsvergleich 1,8% Fahrgäste. Die U-Bahnen legten im März 6,9% und im Quartal 4,9% zu. Der Energieverbrauch legte im Märzvergleich 11,2% zu, im Quartalsvergleich um 9,3%, die Erdgasförderung um 9,2% im März und 11% im Quartal. Die Trinkwasserlieferungen verzeichneten in beiden Vergleichszeiträumen 1,6% Zunahme. Die grösste Zunahme verzeichnet weiter die Zellulartelefonie: 24% gegenüber dem Vorjahresmärz und 26% im Quartalsvergleich.

***

Das Tauziehen um die Ausgabenverringerung im Haushalt hinterlässt im Moment Einsparungen von $ 520 Mio. Von den erzielten Einsparungen von $ 1,05 Mrd. müssen zusätzliche $ 535 Mio. für die Bedienung der öffentlichen Verschuldung abgezogen werden.

***

Das Zementunternehmen J. Minetti SA (Holderbank, Schweiz) investiert U$S 60 Mio. in eine neue Zementmühle in Campana. Wie Minetti-Vizepräsident Bühler versicherte, wird die Fabrik die 4.grösste der 90 sein, die die Holderbank-Gruppe weltweit betreibt.

***

Das Schatzamt hat Bonds für E 500 Mio. (entsprechend U$S 528,5 Mio.) mit Laufzeit bis 2009 zum Ausgabepreis von 99,55% und Jahreszinsen von 9% untergebracht. Das entspricht einer Rendite von 9,07% in Euro und 11,2% in Dollar bzw. 584 Basispunkte über T-Bonds. Unterbringer waren vorwiegend die Deutsche Bank und CS First Boston. Die letzte Unterbringung auf 10 Jahre erfolgte zu 690 Basispunkten über T-Bonds.

***

Die Wirtschaftsführung sucht

PREISENTWICKLUNG

Änderung in Prozenten I: gegenüber Vormonat, II: gegenüber Vorjahr

Monat	Konsumentenpreise		Grossistenpreise Allgemein)		Grossistenpreise: national				Baukosten	
					Nichtlandwirtschaftlich		Landwirtschaftlich			
	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II
1998										
März	-0,1	0,8	-0,3	-2,0	0,0	-1,2	-0,6	0,3	0,2	0,6
April	0,0	1,2	0,1	-1,5	0,0	-1,4	1,1	1,2	0,1	0,8
Mai	-0,1	1,2	-0,2	-2,3	0,0	-1,2	1,1	-0,2	0,0	0,5
Juni	0,2	1,1	-0,1	-2,0	0,0	-1,2	0,7	0,4	0,0	0,4
Juli	0,3	1,2	-0,4	-1,9	0,0	-1,2	-0,9	0,8	-0,1	-0,3
August	0,0	1,1	-0,7	-3,1	0,0	-0,6	-1,3	-3,7	-0,2	-1,2
September	0,0	1,1	-1,0	-3,2	0,0	0,1	-5,7	-10,0	0,2	-1,0
Oktober	-0,4	0,9	-1,1	-4,9	0,1	0,2	-1,4	-11,7	0,0	-0,9
November	-0,2	0,8	-0,9	-5,8	0,0	0,1	-1,4	-13,0	0,2	-0,3
Dezember	0,0	0,7	-1,1	-6,3	-0,5	-0,4	-4,8	-16,4	0,1	0,0
1999										
Januar	0,5	0,5	-0,5	-5,5	0,0	-0,4	-5,6	-16,6	0,3	0,2
Februar	-0,2	0,0	-0,8	-6,5	0,0	-0,4	-2,2	-19,4	0,3	0,6
März	-0,8	-0,6	0,2	-6,2	-0,7	-0,7	-0,2	-19,1	0,3	0,7
April	-0,1	-0,7	0,9	-5,4	0,0	-1,1	3,4	-17,2	-0,2	0,4

Quelle: INDEC

Entwicklung der Währungsreserven der Zentralbank

(in Milliarden Pesos)

	8.2.99	15.2.99	22.2.99	1.3.99	22.3.99	26.3.99	12.4.99	3.5.99
Gold, Devisen u. Anlagen	24,48	24,57	24,73	24,53	24,16	24,24	24,32	23,79
Staatspapiere	1,64	1,66	1,68	1,68	1,64	1,63	1,64	1,74
Internat. Reserven ZB	26,12	26,23	26,41	26,21	25,80	25,87	25,96	25,53
Liquiditäts-Rückstellungen (Com. A. 2350)	7,56	7,30	6,79	6,80	7,00	7,35	7,03	6,89
Währungsreserven des Finanzsystems	33,68	33,54	33,20	33,01	32,80	33,24	32,99	32,41
Notenumlauf	15,06	15,44	14,63	14,71	14,45	14,08	14,74	14,42
Bankdep. in Dollar bei ZB	0,03	0,03	0,01	0,02	0,01	0,01	0,11	0,07
Monetäre Passiven	15,10	15,47	14,64	14,73	14,46	14,09	14,84	14,48
Nettosaldo Swaps	9,27	8,99	10,25	9,94	9,73	10,16	9,52	9,39
Depositen der Regierung	0,94	1,96	1,52	2,63	2,44	2,14	2,33	0,73
Finanzpassiven	24,37	24,47	24,88	24,67	24,19	24,25	24,36	23,39

Quelle: Zentralbank

Konkurse und Vergleichsverfahren

(in Pesos)

	1997	1998
Mai	59.270.159	52.516.568
Juni	78.335.159	107.698.425
Juli	16.807.538	22.915.851
Aug.	32.963.468	37.593.175
Sep.	30.119.536	37.996.155
Okt.	49.164.356	85.852.765
Nov.	20.748.776	96.961.488
Dez.	38.371.827	41.960.030
	1998	**1999**
Feb.	21.525.670	26.357.337
März	83.737.695	65.728.180
Apr.	207.403.411	121.580.546

Ohne Maul- und Klauenseuche

Mit einer eigenartigen Zeremonie führte Präsident Menem gegen Ende der Vorwoche auf einer Estancia in Córdoba die letzte Impfung gegen die Maul- und Klauenseuche durch. Diese weitgehend symbolische Handlung sollte signalisieren, dass auf den Tag nach zwei Jahren die Etappe Argentiniens als seuchenfreies Land mit Impfung beendet wurde. Künftig gilt Argentinien als seuchenfreies Land ohne Impfung. Tritt trotzdem ein Fall von Maul- und Klauenseuche auf, dann müssen die Rinder erschossen und begraben werden, damit die Ansteckung im Keim verhütet wird. Das Risiko besteht weiterhin, weil von den Nachbarländern nur Chile und Uruguay ebenfalls als seuchenfrei ohne Impfung gelten. Südbrasilien befindet sich auf bestem Weg, die gleiche Kategorie zu gewinnen. In Nordbrasilien, Paraguay und Bolivien fehlen Bemühungen zur endgültigen Ausrottung der Krankheit. Die Folgen der symbolischen Geste dürften gelegentlich nicht auf sich warten lassen. Argentinien kann wieder als Exportland von frischem Fleisch, gekühlt und gefroren, überall auftreten, wo es bislang untersagt war. In den Vereinigten Staaten und einigen Ländern des amerikanischen Kontinents sowie Asiens wird argentinisches Frischfleisch bereits zugelassen, seit vor zwei Jahren die Seuche für beendet erklärt wurde, aber weiterhin vorsorglicherweise geimpft werden musste.

Das entsprach im internationalen Regelwerk über die Maul- und Klauenseuche dem geringen Risiko für die Importländer, anders als das Nullrisiko, das bis zu den Protokollen von Marrakesch vom April 1994 galt, durch die die achtjährigen Verhandlungen in der Uruguay-Runde des GATT, jetzt WHO, verbrieft wurden.

Indessen bestehen Japan, Südkorea und andere Länder trotz dieser Protokolle weiterhin auf dem Nullrisiko, so dass die Importe von Frischfleisch aus Argentinien nach wie vor untersagt sind. Nachdem jetzt Argentinien als seuchenfreies Land ohne Impfung erklärt worden ist, müssen in Japan abermals zwei Jahre verstreichen, ehe die Einfuhren zugelassen werden. Diese Frist widerspricht dem Regelwerk von Marrakesch, das Japan auch ratifiziert hat.

Inzwischen muss sich die Fleischindustrie auf Exporte umstellen. Im Vorjahr konnte sie kaum im Inland einkaufen, als die Rinderpreise sprunghaft zunahmen. Das hat sich wieder normalisiert, indem die Rinderpreise auf den Grossistenmärkten wie vorher zwischen $ 0,70 und $ 0,80 je kg Lebendgewicht schwanken. Der Binnenmarkt verhält sich nach wie vor schwach. Je Einwohner wird der Jahreskonsum auf knapp 60 kg geschätzt, gegen früher 80 bis 90 kg, vorübergehend sogar 100 kg. Der zunehmende Geflügelkonsum ist offensichtlich eingesprungen. Die niedrigen Rinderpreise der meisten letzten Jahre haben die Herden verringert, die jetzt bei 48 Mio. Stück Vieh geschätzt werden, fühlbar weniger als rund 55 Mio., die vorher ermittelt worden waren. Der Aufbau einer expansiven Präsenz am internationalen Fleischmarkt wird sicherlich Zeit, Kapitalinvestitionen und Mühewaltung beanspruchen, müssen doch zunächst die Rinderherden wieder aufgestockt werden. Die europäischen Länder, vormals Hauptabsatzplätze, sind nach wie vor mit Kontingenten, genannt Hilton-Quote, beschränkt, so dass die Expansion in amerikanischen und asiatischen Ländern vorlieb nehmen muss. Hier konkurriert Argentinien mit Australien, weltweit grösstes Exportland, ferner Neuseeland und den USA, letztere grösstes Importland und zweitgrösstes Exportland, sowie mit anderen Lieferanten.

Die symbolische Geste Präsident Menems schliesst siebzig Jahre Diskriminierungen gegen argentinische Frischfleischexporte ab. Sie wurden 1928 mit dem US-Verbot wegen der Seuche eingeleitet, dem sich später anderen Länder anschlossen. Das entzweite den internationalen Fleischmarkt in ein Segment, in dem nur seuchenfreies Fleisch zugelassen wurde und das höhere Preise bezahlte, und das andere Segment, vornehmlich Südamerika und Europa, wo die Seuche nicht ausgerottet worden war. Hier galten niedrigere Preise. Argentinien hat mangels wirksamer Bekämpfung der Seuche in diesen Jahrzehnten gewaltige Preisdifferenzen hinnehmen müssen.

Der Regierung Menem ist es anzurechnen, dass es ihr gelungen ist, mit einem erfolgreichen Impfungsprogramm der Seuche beizukommen. Sie wurde in fünf Jahren ausgerottet, nachdem das Sanitätsamt SENASA die Impfungen selber kontrollierte und die Viehzüchter mitmachten, die vormals darauf verzichteten.

Weltweites Rindfleisch

Land	Produktion	Importe	Exporte	Verbrauch
	——tausend Tonnen——			kg/Jahr
USA	11.787	1.150	957	43,0
Europäische Union	7.604	369	714	20,0
Brasilien	6.140	90	335	35,0
China	5.800	—	50	4,5
Argentinien	2.290	—	280	56,0
Russland	2.036	496	—	17,0
Australien	1.890	—	1.190	36,0
Mexiko	1.810	174	—	21,0
Neuseeland	652	—	510	35,0
Japan	520	964	—	11,8
10 Länder	40.529	2.747	4.036	16,0
Welt gesamt	49.660	4.189	5.045	8,3

Bürgschaften für die Sozialdienst-Verwaltung PAMI, damit diese Bankkredite für $ 360 Mio. aufnehmen kann, um rückständige Zahlungen an Sanatorien die Rentner behandeln, leisten zu können. Einige dieser Gesundheitsdienste hatten die Leistungen für PAMI-Mitglieder wegen Nichtbezahlung eingestellt.

***

O. Shuberoff, Rektor der UBA (Universidad de Buenos Aires), gab der Ansicht Ausdruck, dass die Universität am 1.10.99 schliessen muss. Die Budgetkürzungen von $ 280 Mio. für das Erziehungswesen würden den staatlichen Universitäten mittelfristig $ 100 Mio. entziehen.

***

Im Vorjahresvergleich sind die im März im Grundbuch eingetragenen Immobiliengeschäfte in Buenos Aires Stadt anzahlmässig um 24,1% und wertmässig um 23,1% zurückgegangen, wie dem Register des Notariatsverbandes zu entnehmen ist. Das Register verzeichnet weder blosse Anzahlungen noch abgewickelte aber noch nicht eingetragene Geschäfte.

***

Wie der Verband der Kfz-Hersteller bekanntgab, hat im April die Kfz-Fertigung gegenüber dem Vormonat um 7,1% zu-, der Verkauf um 4,7% abgenommen. Das Fehlen der Formulare Nr. 110 für den Verschrottungs-Eintausch verhinderte bereits angebahnte Verkaufsabschlüsse. Die 11 Kfz-Fabriken lieferten 21.410 Einheiten vom Band, um 51% weniger als im gleichen Vorjahresmonat. Im 1. Jahresdrittel beträgt der Rückgang 50,4%. Die 4,7% Verkaufs-Rückgang gegenüber März auf 11.757 Kfz in- und 14.218 ausländischer Fertigung bedeuten 39,9% Rückgang gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat und 32,4% für das 1. Jahresdrittel. Markterster war Renault mit 5.012 Lieferungen einschliesslich der neuen Nfz Kangoo Express und Master, vor Ford 4.100, Fiat/Alfa Romeo 3.614, VW/Audi 3.302 (der VW Golf war der meistverkaufte Pkw des Monats), Sevel 3.178, unabhängige Importeure 2.500, GM 1.976, Toyota 1.041, Mercedes Benz 763, Chrysler 282, Iveco 117, Scania 77 und El Detalle 7.

***

Der zu 75% Techint und zu 25% Chatarrera Pilar gehörende Scrap Service, der die Verschrottung der Kfz aus dem Eintauschplan durchführt, schätzt, dass mit der Massnahme der verfügbare Schrott in einem Jahr um 11% zunehmen wird. Das zu verschrottende Fahrzeug kann vom Interessenten selbst abgeliefert werden, der $ 58 pro Pkw, $ 90 pro leichtem Nfz und $ 190 pro schwerem Nfz bzw. Lkw entrichten muss. Die Verschrottung schliesst 3 Etappen ein: Entsorgung aller Flüssigkeiten und der Baterien, Entsorgung von Kupfer und anderem Material, das die Stahlqualität beeinflusst, und Presse, durch die das Kfz zu 1 cbm Schrott gepresst wird. Scrap Service kann 4.000 Kfz im Monat verschrotten. Für 100.000 Kfz/Jahr müssten weitere U$S 4 bis 6 Mio. investiert werden, wie ein Firmensprecher erklärte.

***

SCP (Sociedad Comercial del Plata) wird ihre gesamten Verpflichtungen umschulden und keine kurzfristigen Fälligkeiten bezahlen. Der Plan soll innerhalb von 14 Tagen vorgelegt werden. Die am 12. April fälligen Obligationen für U$S 25 Mio. wurden nicht eingelöst. Auch die am 9.5.99 fällige Bedienung mit Zinsen für U$S 7,2 Mio. von Obligationen für U$S 125 Mio. wird nicht termingerecht erfolgen.

***

Das Amt für Öffentliche Einnahmen hat den Beschluss 574/99 mit Datum 30.4.99 bekanntgegben, der Steuerschuldnern, die Sicherstellungsmassnahmen unterworfen wurden, Zahlungserleichterungen ermöglicht. Es können fällige Steuern, Sozialabgaben und aktualisierte Verzugszinsen und Bussen beglichen werden, auch nach der Fälligkeit, jedoch nur innerhalb der Gültigkeit der Sicherstellungen. Die Zahlungspläne können sich bis auf 120 Monate erstrecken, in gleichen und aufeinanderfolgenden Monatsraten mit 3% Jahreszinsen.

***

Der Verband der Landwirte Sociedad Rural Argentina schätzt, dass die Weizenaussaat für die nächste Ernte nur 9 bis 9 1/2 Mio. t anpeilt. Grund seien geringere Investitionen in Technologie wegen verringerter Rentabilitäten und Finanzierungen. Schätzungen zufolge wird es die kleinste Ernte in 20 Jahren sein. Der Preisverfall bringe eine Aussaatverringerung von 300.000 bis 400.000 ha, etwa 10% der Anbaufläche, mit sich. Der restliche Rückgang werde durch geringeren Einsatz von Düngemitteln und anderen Chemikalien verursacht.

***

Die Schuhfabrikanten- und